

Stadt Weiterstadt · Riedbahnstraße 6 · 64331 Weiterstadt

Mitglieder
des Ausschusses für Soziales und Kultur,
des Ausschusses für Stadtentwicklung,
Umwelt und Verkehr
und des Magistrates

64331 Weiterstadt

Die Stadtverordnetenversammlung

Ausschuss für Soziales und Kultur und Ausschuss
für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr

Sachbearbeitung

Annette Zettel
☎ 06150/400-1404 · 📠 06150/400-1409
✉ parlamentarischerbuero@weiterstadt.de
Zimmer-Nr. 609

Rathaus

Riedbahnstraße 6
64331 Weiterstadt
☎ 06150/400-0
<http://www.weiterstadt.de>

Öffnungszeiten

Montag - Freitag 8:00 - 12:00 Uhr
Mittwoch 14:00 - 18:00 Uhr

Unser Zeichen I/FD 4/001-10/Ze
Datum 9. Januar 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur 3. gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Kultur und des Ausschusses
für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr lade ich Sie herzlich ein für

**Donnerstag, 24. Januar 2019 um 19:00 Uhr
im Rathaus, Sitzungsraum Verneuil sur Seine, Riedbahnstraße 6.**

Auf die beiliegende Tagesordnung, die Bestandteil der Einladung ist, wird verwiesen.

Die Mitglieder des Ausschusses können sich im Einzelfall durch andere Stadtverordnete vertreten
lassen (§ 62 Abs. 2 HGO). Sollten Sie verhindert sein, verständigen Sie bitte eine Vertreterin oder
einen Vertreter.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Enzmann
Vorsitzender

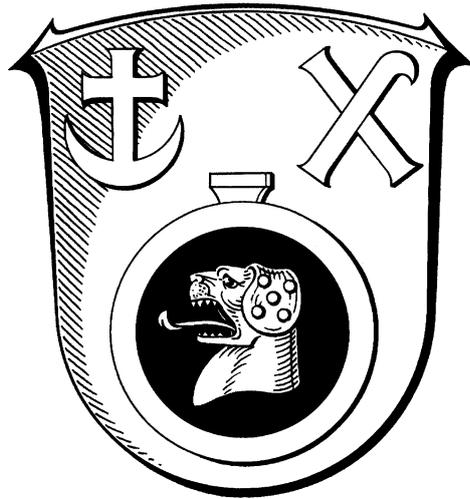
Dr. Alexander Koch
Vorsitzender

F.d.R.

Tagesordnung

zur 3. gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Kultur und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr
am 24. Januar 2019 um 19:00 Uhr

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Soziales und Kultur und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 7. Mai 2018	
2. Standort Astrid-Lindgren-Schule; Antrag der CDU-Fraktion	10/0656
3. Einleitung eines Bebauungsplans „Campus am Klein-Gerauer-Weg“ in Weiterstadt; Aufstellungsbeschluss	10/0665/1
4. Förderung der Errichtung eines Pflegestützpunktes	10/0658/1



NIEDERSCHRIFT

2. Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Soziales und Kultur und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr der Stadt Weiterstadt

10. Legislaturperiode 2016/2021

am	7. Mai 2018
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	19:15 Uhr
Ende	20:00 Uhr

Anwesende:

SPD-Fraktion

Enzmann, Andreas
Fischer, Wilhelm
Girardi, Donato
Harnischfeger, Lukas
Koch, Alexander Dr.
Kurpiers, Christian
Schafhausen, Julius
Stallmann, Jana

CDU-Fraktion

Dürr, Ina
Lützkendorf, Frank
Tillmann, Ursel

ALW-Fraktion

Amend, Heinz Günther
Becker, Birgit
Cadena Arias, Marta
Möllmann, Martin

FWW-Fraktion

Heßberger, Michael
Weldert, Kurt

Magistrat

Berger, Manfred
Fischer, Willi
Geter, Stephan
Hasenauer, Josef
Merlau, Günter
Möller, Ralf
Pohl, Edgar
Reitz-Gottschall, Angelika
Spätling-Slomka, Dorothea

Ausländerbeirat

Pennisi-Maniaci, Rosa
Tomasulo, Maria Donata

**Beirat zur Gleichstellung von
Menschen mit Behinderungen**

Blättler, Peter

Schriftführung

Latocha, Georg

Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr, Dr. Alexander Koch, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Soziales und Kultur und des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 9. April 2018	
2. Barrierefreier Spielplatz; gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und FWW	10/0472

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Soziales und Kultur und des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 9. April 2018

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt als festgestellt.

Tagesordnungspunkt 2

Barrierefreier Spielplatz; gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und FWW

Drucksache: 10/0472

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 19. April 2018 den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Der Antragsteller erläutert den Antrag und betont insbesondere, dass es sich bei der unter Punkt 2 angeregten Umsetzung, um ein Pilotprojekt handeln soll um Erfahrungen zu sammeln. Die Konzeption soll gemeinsam mit Impulsgebern (Kitas, Eltern, Anwohner, Verbände etc.) erarbeitet werden.

Bürgermeister Möller stellt die bereits seit Jahren stattfindenden Beteiligungsprozesse bei der Planung von Spielplätzen im Rahmen der Freiraumleitplanung dar und schlägt vor, einen Spielplatz in zentraler Lage für das Pilotprojekt auszuwählen.

Die CDU-Fraktion beantragt:

In Punkt 1 des Antrages nach dem Wort „inklusive“ die Worte „und kleinkindgerecht“ einzufügen und einen Punkt 4 anzufügen mit dem Inhalt „Der Magistrat wird beauftragt ein Kommunikationskonzept zur besseren Beteiligung der Eltern und Kinder an der Spielplatzplanung zu erarbeiten“.

Die ALW-Fraktion regt an, einen „Standardspielplatz“ als Pilotprojekt auszuwählen und ansonsten alle Spielplätze auf Barrierefreiheit zu überprüfen und barrierefreie Spielplätze auf der Homepage zu veröffentlichen.

Die Fraktionen von FWW und SPD führen aus, dass der Begriff der Inklusion umfassend verstanden werden muss, und so eine Differenzierung in „inklusive“ und „kleinkindgerecht“, wie von der CDU-Fraktion beantragt, nicht zielführend sei.

Darüber hinaus bittet die SPD-Fraktion, dass ins Protokoll aufgenommen wird, dass die Beteiligung beim Pilotprojekt in der auch bisher schon durchgeführten Form der Beteiligung erfolgen soll.

Der Vertreter des Beirats zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, Herr Blättler erhält Rederecht. Er weist darauf hin, dass die Begriffe „Barrierefreiheit“ und „inklusive Spielwelten“ differenziert betrachtet werden müssen. Er regt an, ein Gesamtkonzept für eine mögliche Förderfähigkeit der Maßnahmen zu prüfen.

Herr Bürgermeister Möller sagt zu, dass die Verwaltung als ersten Schritt eine Darstellung des bisher verfolgten Konzepts bei der Gestaltung von Kinderspielplätzen vorlegen wird.

Der Ausschussvorsitzende lässt zuerst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

4	Ja-Stimmen	(3 CDU, 1 ALW)
10	Nein-Stimmen	(2 FWW, 8 SPD)
3	Enthaltungen	(3 ALW)

Der Ausschuss für Soziales und Kultur und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr empfehlen der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen,

- 1) welche bestehenden Spielplätze Weiterstadts einen stärkeren inklusiven Charakter erhalten können.
- 2) ob im Rahmen eines Pilotprojektes ein Weiterstädter Spielplatz im Sinne eines Angebotes für behindertengerechtes Spielen erweitert werden kann und ein barrierefreier Zugang möglich ist.
- 3) welche Fördermöglichkeiten zur inklusiven Öffnung oder Neubebauung von Spielplätzen für die Stadt Weiterstadt zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Dr. Alexander Koch
Vorsitzender des Ausschusses
für Stadtentwicklung, Umwelt
und Verkehr

Andreas Enzmann
Vorsitzender des Ausschusses
für Soziales und Kultur

Georg Latocha
Schriftführung



CDU

Fraktion Weiterstadt

CDU Fraktion Weiterstadt • Riedbahnstr. 6 • 64331 Weiterstadt

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
- im Hause -

Der Fraktionsvorsitzende

Lutz Köhler
Riedbahnstr. 6
64331 Weiterstadt
Tel.: 06150 – 5915330
E-Mail: cdu@weiterstadt.de

Weiterstadt, den 12.11.2018

Antrag: Standort Astrid-Lindgren-Schule

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

ich bitte Sie hiermit, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu setzen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg über einem alternativen Standort für einen Neubau für die Astrid-Lindgren-Schule zu verhandeln.

Begründung:

Der Landkreis plant derzeit einen Neubau für die ALS. Da die Schülerzahlen in Braunshardt deutlich steigen, wird die ALS zum nächsten Schuljahr 4-zügig werden. Mit einer dauerhaften 4-Zügigkeit der Schule ist zu rechnen. Nach Aussagen des DADI-Werks ist auf dem Grundstück aber nur eine 3-zügige Schule zu verwirklichen. Um eine dauerhafte Raumnot zu verhindern wäre, ein Neubau der Schule an einem anderen Standort zu prüfen. Hierfür soll der Magistrat das Gespräch mit dem Landkreis suchen. Anbieten würde sich der Platz neben der Sporthalle in Braunshardt, welcher auch mal für das Bürgerhaus im Gespräch war. Da der Landkreis nur Grunderwerb durchführt, wenn die alte Schule von der Kommune übernommen wird, bedarf es des Engagements des Magistrates. Da der Bau einer fünften Grundschule nach der aktuellen Planung sich verzögern wird, bedarf es großer Anstrengungen um eine Raumnot an der ALS zu verhindern. Die jetzige Situation ist nicht mehr tragbar.

Fraktionsvorsitzender

Vorlage an

Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am

Einleitung eines Bebauungsplans „Campus am Klein-Gerauer-Weg,, in Weiterstadt; Aufstellungsbeschluss

Beschlussvorschlag:

1. Der Aufstellung eines Bebauungsplans „Campus am Klein-Gerauer-Weg“ in Weiterstadt zum Zwecke der planungsrechtlichen Sicherung einer Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Schule wird nach § 2 Abs. 1 BauGB zugestimmt.
2. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Campus am Klein-Gerauer-Weg“ umfasst die Grundstücke der Gemarkung Weiterstadt, Flur 16, Nr. 52/3, 52/10, 52/11, 53/3, 54/3, 55/1, 56/1, 57/1, 58/1, 59/1, 60, 420, 427/3 tlw. und 396 mit einer Größe von insgesamt ca. 22.180 qm (Klein-Gerauer-Weg 6-10; Anlage 1).

Die Aufstellung erfolgt im Regelverfahren, da die Voraussetzungen des vereinfachten bzw. beschleunigten Verfahrens nicht vorliegen.

3. Der Magistrat wird beauftragt, den Aufstellungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen sowie weitere Verfahrensschritte gem. BauGB vorzubereiten.

Sachverhalt:

Die Diskussion um die Schaffung eines Campus-Geländes nördlich der Albrecht-Dürer-Schule wird seit einigen Jahren geführt. Die mit dieser Vorlage empfohlene Einleitung des Bebauungsplans hat das Ziel, planungsrechtlich eine Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Schule zu sichern. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt zurzeit im Außenbereich.

Die „5. Änderung Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Stadt Weiterstadt“ aus dem Jahre 2002 stellt den Geltungsbereich des vorgeschlagenen Bebauungsplanes als „Flächen und Einrichtung für den Gemeinbedarf“ dar (s. Anlage 2). Gleiches gilt für den Entwurf der Neuaufstellung des Gesamt-Flächennutzungsplans. Somit ist der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

Zur Verfahrensführung, entsprechend dem Baugesetzbuch, wird um Entscheidung zu den Beschlussempfehlungen gebeten.

Drucksache 10/0665/1

Finanzierung:

Die Mittel für die Aufstellung des Bebauungsplans, die erforderlichen Gutachten und die Durchführung der Verfahrensschritte sind bei der Kostenstelle 3202-001 vorhanden.

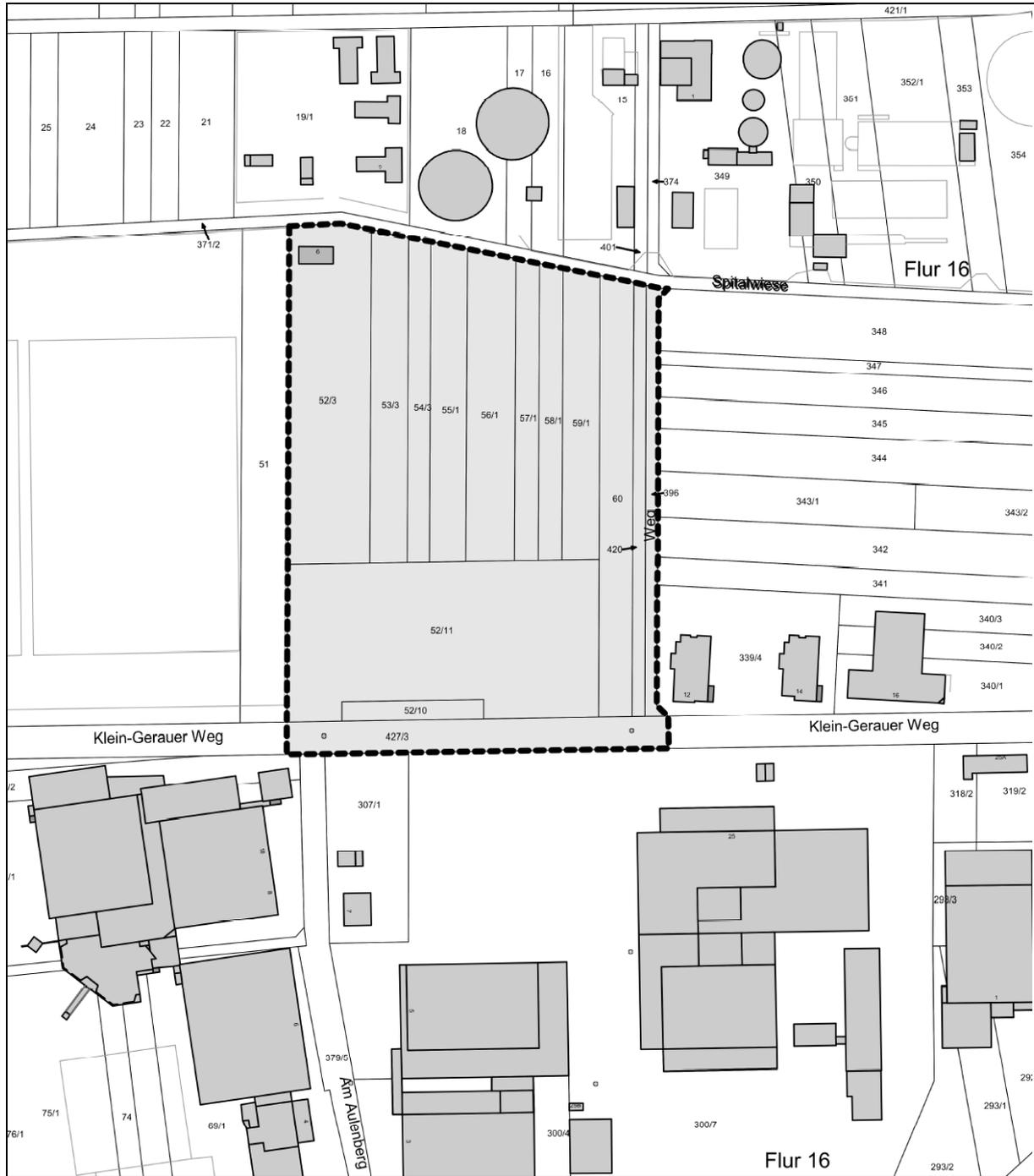
Der Sachverhalt wurde am 11. Dezember 2018 im Magistrat beraten.

Ralf Möller
Bürgermeister

Anlagen:

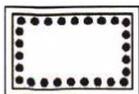
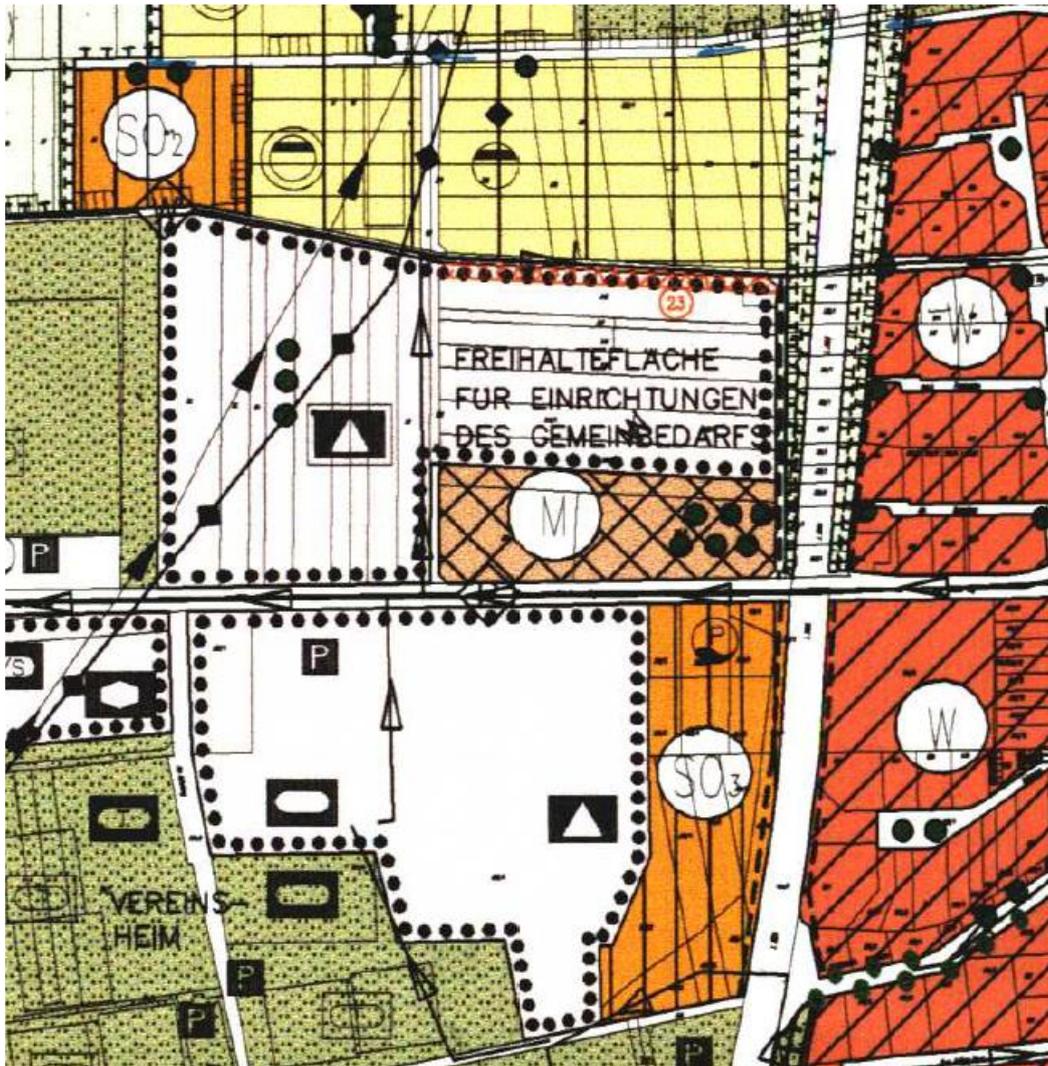
Geltungsbereichsabgrenzung
Auszug aus dem Flächennutzungsplan

Anlage 1



Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Campus am Klein-Gerauer-Weg“

Anlage 2



FLÄCHEN UND EINRICHTUNGEN FÜR DEN GEMEINBEDARF

BAUHOF

BAUHOF



OFFENTLICHE VERWALTUNG

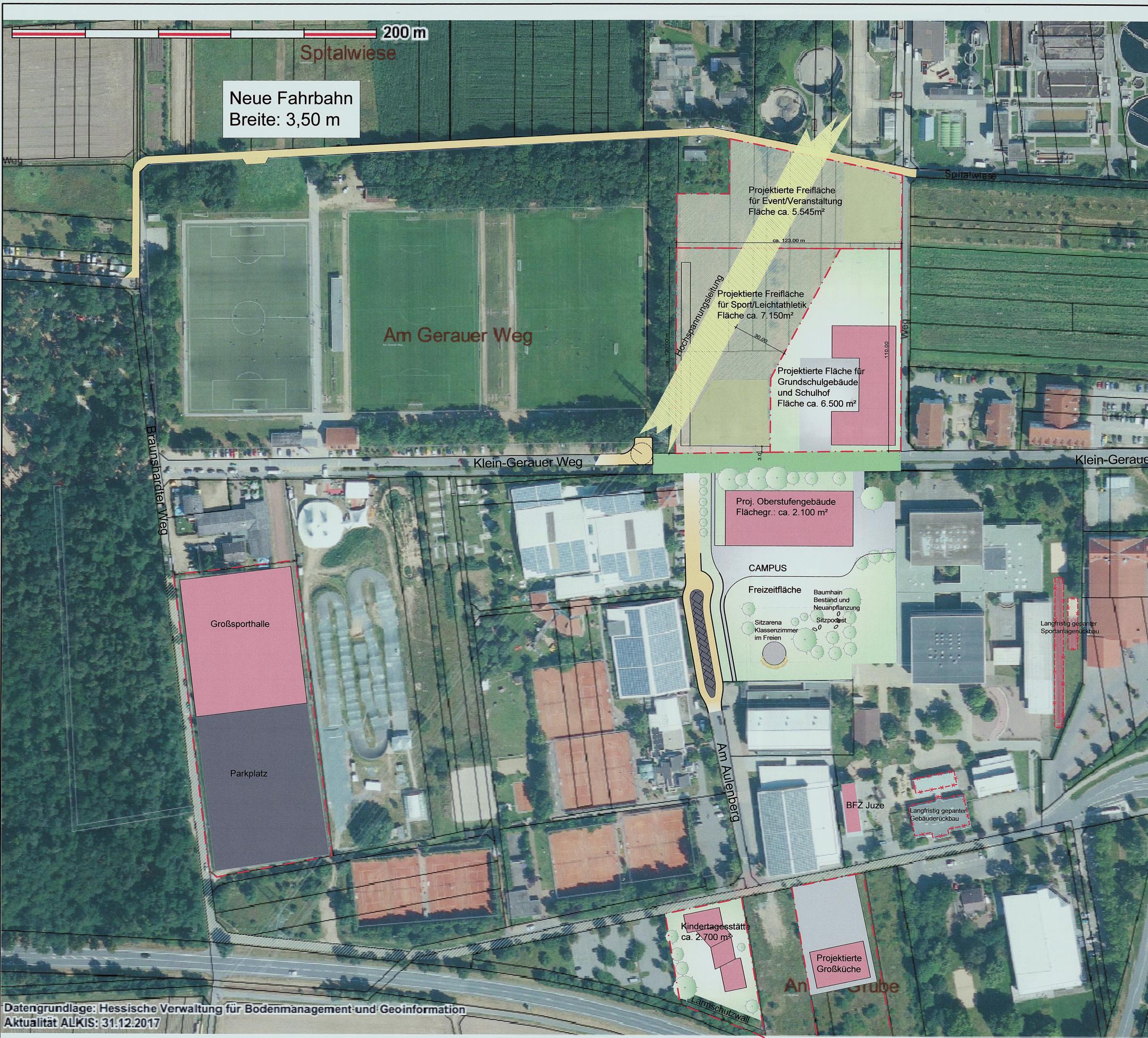


STADTBUCHEREI



SCHULE

Auszug aus „5. Änderung Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Stadt Weiterstadt“ aus dem Jahre 2002



Neue Fahrbahn
Breite: 3,50 m

200 m
Spitalwiese

Am Gerauer Weg

Projektierte Freifläche
für Event/Veranstaltung
Fläche ca. 5.545m²

Projektierte Freifläche
für Sport/Leichtathletik
Fläche ca. 7.150m²

Projektierte Fläche für
Grundschulgebäude
und Schulhof
Fläche ca. 6.500 m²

Proj. Oberstufengebäude
Flächegr.: ca. 2.100 m²

Großsporthalle

Parkplatz

CAMPUS

Freizeitfläche
Baumhain
Bestand und
Neuanpflanzung
Sitzarena
Klassenzimmer
im Freien

BFZ Juze

Kindertagesstätte
ca. 2.700 m²

Projektierte
Großküche

Datengrundlage: Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation
Aktualität ALKIS: 31.12.2017



Legende:

- Beispielhafte Darstellung Bebauung
- Projektierte Verkehrsfläche
- Projektierte Verkehrsfläche / Spurverbreiterung
- Projektierte Fläche für Stellplätze
- Projektierte Pflasterfläche
- Projektierte Fläche für verkehrsberuhigten Bereich
- Projektierte Grünfläche
- Projektierte Grundstücksgrenze
- Baumbestand und Neuanpflanzung

STADT WEITERSTADT
Technische Verwaltung
Riedbahnstraße 6, 64331 Weiterstadt

BAUVORHABEN:		
BAUHERR:	PLANBEZEICHNUNG:	
Magistrat der Stadt Weiterstadt Riedbahnstraße 6 64331 WEITERSTADT	Maßstab: 1:1.000	
	am	von
gezeichnet:	April 2018	Kirchner
bearbeitet:	Dezember 2018	Kirchner
Blatt Nr.:		

Vorlage an

Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am 20.12.2018
Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr für die Sitzung am
Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am

Förderung der Errichtung eines Pflegestützpunktes

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Die vom Landkreis vorgeschlagene mögliche Einbindung eines Pflegestützpunktes unter dem Dach eines medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) in Weiterstadt wird zur Kenntnis genommen und begrüßt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Landkreis geeignete Immobilien und Standorte für die Errichtung eines Pflegestützpunktes ggf. in Kombination mit einem Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ) vorzuschlagen.

Sachverhalt:

Die Entscheidung über die Auswahl des Standorts eines Pflegestützpunktes muss der Landkreis Darmstadt-Dieburg in enger Abstimmung mit den Pflege- und Krankenkassen in Hessen treffen, hier: mit Vertreter*innen der Barmer Pflegekasse und des Verbandes der Ersatzkassen e.V. Die Stadt Weiterstadt begrüßt die Entscheidung dieses Verbundes eine Außenstelle des bisherigen Pflegestützpunktes ab dem ersten Halbjahr 2019 im westlichen Landkreis zu verorten. Dies garantiert eine individuelle Betreuung und Beratung sowie kurze Wege.

Als räumliche Anforderung wird genannt:

Drei separate Büroräume, eine Wartezone, ein Gruppenraum, Toiletten und Behindertentoilette, Parkplätze für Ratsuchende und Beschäftigte sowie die Anbindung an den ÖPNV.

Da die zumindest mittelfristige Verbindung mit einem MVZ angestrebt wird, muss eine räumliche Erweiterung in den nächsten Jahren möglich sein.

In Weiterstadt könnten bislang als möglicher Standort vorgeschlagen werden:

- a) Praxis Dr. Lohwasser, Gräfenhausen
- b) Gewerberäume der Firma Ries, Gräfenhausen
- c) Flächen im Weiterstadt Park, Brunnenweg, Weiterstadt
- d) Fläche im 2. Obergeschoss LOOP 5, Riedbahn

Der Sachverhalt wurde am 27. November 2018 im Magistrat beraten. Die Drucksache wird gemäß § 10 der Geschäftsordnung direkt dem Ausschuss vorgelegt.

Drucksache 10/0658/1

Bürgermeister